

Ein Drittel der Flüchtlinge ist depressiv

Psychologen und Helfer fordern mehr Angebote für traumatisierte Flüchtlinge

Das Projekt „Hope“ des DRK-Landesverbandes Saarland will traumatisierten Asylanten helfen, ihre Probleme zu überwinden. Jetzt trafen sich Psychotherapeuten zum Erfahrungsaustausch in Saarbrücken.

Von SZ-Mitarbeiter
Jörg Fischer

Saarbrücken. Mehr als 13 000 Flüchtlinge haben 2015 im Saarland einen Asylantrag gestellt – mehr als 3300 wurden in diesem Jahr auf die Kommunen verteilt. Viele von ihnen haben traumatisierende Erfahrungen hinter sich, durch Krieg und Vertreibung, und bisweilen die ganze Familie verloren. In Deutschland haben sie mit Ungewissheit, Einsamkeit, Langleweiligkeit und Isolation zu kämpfen. Das alles führt häufig zu psychischen Erkrankungen, wie Depressionen oder gar Posttraumatischen Belastungsstörungen, und erschwert die Integration.

Bei einer Fachtagung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), der Universität des Saarlandes und der Therapeutenkammer des Saarlandes zum Thema „Hilfe für

besonders Schutzbedürftige“ plädierten Psychologen und Helfer am Freitag für mehr Beratung und Unterstützung bei der Bewältigung der Probleme. Psychische Gesundheit sei eine unabdingbare Voraussetzung in Gesellschaft, Kultur und schließlich in den Arbeitsmarkt, betonte der Präsident des DRK-Landesverbandes Saarland, Michael Burkhardt.

Studien belegten, dass je höher die psychische Belastung der Menschen sei, desto schwerer werde es, sie in ihrer neuen Heimat zu integrieren, betonte die Psychologie-Professorin der Saar-Uni, Tatjana Michael. Genauso wichtig wie die medizinische Betreuung sowie die soziale, rechtliche und berufliche Beratung sei oft Psychotherapie.

Genaue Zahlen über Dimension und Art der psychischen Störungen gebe es nicht. In Untersuchungen schwankten die Angaben der in Deutschland unter einer posttraumatischen Belastungsstörung leidenden Flüchtlinge zwischen 16 und 50 Prozent. Unter Depressionen litten etwa 31 Prozent aller Flüchtlinge. Der Präsident der Psychotherapeu-

tenkammer des Saarlandes, Bernhard Morsch, beklagte, es sei ein „Skandal“, dass sich die Verantwortlichen diesem Problem weit weniger widmeten als etwa der physischen Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge. „Die Politik stiehlt sich aus der Verantwortung“, sagte Morsch. Solche Hilfen würden immer nur projektbezogen und befristet finanziert.

Die Teamleiterin für Migration und Integration des DRK Saarland, Rabea Pallien, berichtete über das Mitte 2015 gestartete Projekt „Hope“ (Hilfe bei Orientierung & PsychoEducation). Bisher hätten in Saarbrücken-Burbach vier Psychologen und zwei Dolmetscher 234 Flüchtlinge mit Bleiberecht betreut, überwiegend Syrer. Das Projekt wird bis 2018 von der EU finanziert.

„Hope“ ist Teil des Psychosozialen Beratungszentrums (PSZ) des DRK Saarland, eines von derzeit 32 in ganz Deutschland. Am zweiten Standort des PSZ in der Zentralen Aufnahmestelle Lebach betreuten ein Psychologe, ein Sozialarbeiter und ein Dolmetscher derzeit 50 Menschen, die wieder ausreisen müssen oder wollen.

SZ

1.2.3.10.2016